

Teure Energiewende – Die Stromrechnung zeigt es

Ich habe vor ein paar Tagen meine jährliche Stromrechnung erhalten, weil ich wieder mal gewechselt habe, um die deutlichen Wechselrabatte zu nutzen. Meinen Strom habe ich in der Abrechnungsperiode für 27,2 Cent/Kilowattstunde brutto bezogen. Das ist etwa 10 Prozent weniger als der derzeitige Durchschnittspreis. Dafür kann man die Mühe des Lieferantenwechsels schon auf sich nehmen.

Der Lieferant führte als Anlage die Steuern, Umlagen und andere staatliche Abgaben auf. Es waren genau 50 Prozent des Bruttostrompreises. Ohne gesetzliche Abgaben wäre der Strom also nur halb so teuer. Die Abgaben sind zum 1. Januar dieses Jahres um gut 3 Prozent gestiegen. Wesentlichen Anteil daran hat die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG).

Doch die EEG-Umlage mit rund 30 Milliarden Euro/Jahr einschließlich Mehrwertsteuer ist nur ein Teil der Wendekosten. Die Profiteure der Wende haben mit ihrer gut vernetzten Lobby weitere Abgaben durchgesetzt. Den Strom ihrer Windgeneratoren auf hoher See brauchen sie nicht an Land zu leiten. Diese Aufgabe wurde den Übertragungsnetzbetreibern auferlegt. Wenn die Stromtrassen zum Land nicht rechtzeitig fertig sind, wird der Off-Shore Strom, der nicht geliefert werden kann, trotzdem vergütet. Zahlen muss das der Stromkunde mit der Off-Shore Netzumlage nach § 17f, Absatz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes mit 2 Milliarden Euro/Jahr. Die Kosten für den Stromtransport an Land sind in den allgemeinen Netzgebühren enthalten. Es sollen 5 Cent/Kilowattstunde sein. Sie werden nicht als Off-Shore Kosten ausgewiesen.

Stromintensive Betriebe sind mit den hohen Netzkosten in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich. Ihnen wird ein Teil der Netzgebühren erlassen auf Kosten der übrigen Letztverbraucher. Die werden nach der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) mit einer Netzumlage von 1,7 Milliarden Euro/Jahr belastet, die den Gebührenausschlag von den stromintensiven Betrieben deckt.

Schnell heranziehende Wolken und abflauender Wind führen zu einem kritischen Leistungsabfall im Stromnetz, weil Wind- und Solaranlagen nicht mehr genügend liefern. Um einen Zusammenbruch zu vermeiden, werden dann Betriebe mit hoher Leistung (Aluminium-Elektrolyse usw.) abgeschaltet. Der Produktionsausfall wird vergütet. Zahlen muss das wiederum der Endkunde mit einer Umlage nach § 18 der Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) mit 33 Millionen Euro/Jahr. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage wird dieser Betrag steigen.

Bei der Stromerzeugung geht rund 60 Prozent der eingesetzten Energie als Abwärme verloren. Es ist sinnvoll, diese Abwärme zum Heizen zu nutzen. Dabei gibt es ein Problem. Im Sommer braucht man keine Wärme. Daher müssen solche kombinierten Strom- und Wärme erzeugenden Anlagen entweder auf den Wärmebedarf oder aber auf den Strombedarf ausgelegt werden. Meistens wird die

Bedarfwärme erzeugt und Strom ist ein Nebenprodukt. Der Strom wird nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz – KWKG) vergütet. Auch dafür muss der Letztverbraucher mit einer Umlage von 1,1 Milliarden Euro/Jahr zahlen.

Für das Einsammeln des Stroms von den dezentralen Wind-, Solar- und Biogasanlagen muss das Verteilernetz ausgebaut und verstärkt werden. Stromtrassen werden von Nord- nach Süddeutschland gebaut, um Windstrom in den Süden zu bringen. (Niemand erklärt, welcher Strom fließen soll, wenn der Wind nicht weht.) Wegen Bürgerproteste werden große Teile der Leitungen in die Erde verlegt. Die Kosten steigen damit von 1 Million auf 7 Millionen Euro für jeden Kilometer. Lange Leitungen haben hohe Stromverluste. Bei dem Transport nach Süddeutschland sind es etwa 10 Prozent. Hinzu kommen die Kosten für den Regelstrom, der den vom Wetter gesteuerten Wind- und Solarstrom auf den Bedarf ergänzt. Allein die Bedarfsregelung ist durch die Energiewende von 100 Millionen Euro/Jahr auf 1,5 Milliarden gestiegen. Der Netzausbau, die Regelungskosten und die Leitungsverluste wegen der Energiewende dürften Kosten von mehr als 10 Milliarden Euro im Jahr verursachen, die als Netzkosten versteckt sind.

Ökostrom wird nicht geliefert

Mein Stromlieferant bietet einen Strommix aus Kraftwerken und Ökostromanlagen an. Zusätzlich gibt es noch den Naturstrom Gold, der nur aus Ökostrom besteht. Jeder Kunde erhält jedoch den Strommix, der in seinem lokalen Netz ist, egal, ob er Naturstrom oder einen beliebigen Mix haben wollte. Der Lieferant kauft lediglich die verschiedenen Strommengen ein, die zu beliebigen Zeiten in das Netz eingespeist werden. Der Verkauf von Ökostrom ist also eine Irreführung der Kunden. Sie erhalten ihn nicht.

Mit jeder weiteren Ökostromanlage steigen die Stromkosten weiter. Als Folge müssen Industriebetriebe schließen oder in kostengünstigere Länder abwandern. Wann wird dies den Politikern bewusst?

Die direkten Kosten der Energiewende belaufen sich auf annähernd 50 Milliarden Euro/Jahr. Das sind mehr als 600 Euro je Einwohner. Mit der Beendigung der Energiewende wird die Kaufkraft der Bevölkerung deutlich erhöht. Gleichzeitig sinken die Stromkosten für die Industrie. Produkte werden preiswerter. Der Export wird gestützt und das Abwandern der Betriebe aus Deutschland gestoppt. Dies ist ein effektiver Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise. Werden die Politiker diesen Weg gehen?

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.